



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886690

P/XV/103 - 5. Mai 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

Sperrfrist bis Freitag,
den 6. Mai 1960, 24 Uhr

Liquidiert endlich den zweiten Weltkrieg!

102

8. Mai 1945 - 15 Jahre danach

Von Professor Dr. Carlo Schmid,
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

+ + +

4 - 4a

Die Sorge um die Wirtschaftseinheit Europas

65

Nach der Bundestagsdebatte über EWG-EFTA

5 - 6

Religion und Politik in Österreich

67

Gutes Verhältnis - mit einigen Ausnahmen

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

7 - 8

Es gibt keinen "Kleinen Kulturkampf" in Hamburg

56

Eine irreführende Meldung - und was dahinter steckt

8

Im Gedenken an Professor Iwand

18

Von Dr. Dr. Gustav Heinemann, MdB

* * *

* *

Liquidiert endlich den zweiten Weltkrieg!

8. Mai 1945 - 15 Jahre danach

Von Professor Dr. Carlo Schmid,
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Am 8. Mai, vor fünfzehn Jahren, ging der Schießkrieg zu Ende. Verloren ging er schon lange vorher, spätestens mit dem Angriff auf die Sowjetunion. Daß die Verantwortlichen, die militärisch und politisch verantwortlichen Leute in Deutschland daraus nicht die Konsequenzen gezogen haben, ist nicht nur ein Fehler gewesen, sondern war ein Verbrechen. Daß sich in Deutschland Leute gefunden haben, die hiergegen aufgestanden sind, kann dieses Verbrechen nicht ungeschehen machen. Aber die Widerstandsbewegung, deren Gipfelpunkt der 20. Juli 1944 war, hat uns wenigstens Gelegenheit gegeben, der Welt zu zeigen, daß es in Deutschland Menschen gegeben hat, die bereit waren, alles herzugeben, um für das Vaterland noch zu retten, was gerettet werden konnte. Daran konnte moralisch und politisch angeknüpft werden. Es ist sicher, daß es ohne die Taten des Widerstandes unserem Volke nach dem Kriege noch viel schwerer gemacht worden wäre, wieder einigermaßen, und sei es auch nur in einem Teil unseres deutschen Vaterlandes, Herr im eigenen Hause zu werden.

Aber wenn am 8. Mai vor fünfzehn Jahren auch der Schießkrieg zu Ende gegangen ist, so ist der Krieg selbst seitdem noch nicht liquidiert worden. Er ging in anderer Form weiter. Es ereignete sich, was sich nach Koalitionskriegen oft ereignet hat, daß die Verbündeten, nachdem der gemeinsame Gegner niedergeworfen war, mit sich selber in Streit gerieten über die Frage, wie die Beute verteilt werden sollte, oder wie man heute sagt, wie die Welt nunmehr neu geordnet werden müßte.

Deutschland verschwand aus der Reihe der Kriegsparteien. Zunächst wurde es zum bloßen Objekt der Politik der einstigen Verbündeten, die sich gegen Hitler zusammengeschlossen hatten. Als aber der Konflikt zwischen den Verbündeten von Gestern ausbrach, wurde Deutschland wieder ein möglicher Faktor der Politik. Vielleicht kann man sagen, daß seine politische Stärke seine von vielen damals so beklagte militärische Schwäche gewesen ist. Denn keiner der nunmehr im Wettstreit ste-

henden Großen konnte es zulassen, daß dieses Deutschland von dem anderen Teil zu einem Stück seines politischen Kräftefeldes wurde. So fiel dem Westen zwangsläufig die Aufgabe zu, in seinem eigenen Interesse uns Deutschen dort, wo der Westen bestimmen konnte, die Möglichkeit zu geben, unser Leben neu zu ordnen, zunächst einmal einfach zu überleben. Der Marshall-Plan zerbrach die Morgenthau-Politik. Daß dieser Plan durchaus auch im Interesse der westlichen Welt, genauer gesagt, der Vereinigten Staaten von Nordamerika lag, nimmt ihm nichts von seiner Bedeutung ab.

Schließlich wurde im Westen die Bundesrepublik geschaffen. Es ist die Frage, ob es gut war, daß das Gemeinwesen, das der Parlamentarische Rat schuf, sich so schnell zu einem kompletten Vollstaat entwickelt hat. Vielleicht wäre es besser gewesen, wie manche zu ihrer Zeit dachten, es bei einem bloßen Organisationsstatut zu belassen, das die Möglichkeit gab, unter einem deutschen Parlament oder einer deutschen Regierung oder Verwaltung die Dinge zu ordnen und zu regeln, die geordnet werden mußten, damit das Leben im Westen Deutschlands unter freiheitlichen Gesichtspunkten aufgebaut und allmählich in höhere Stufen politischer Organisation übergeführt werden konnte. Zumindest wäre damit erreicht worden, daß den Alliierten stärker zum Bewußtsein gekommen wäre, daß ihnen die Verantwortung oblag für eine Ordnung der gesamtdeutschen Situation, die ja nur durchgeführt werden konnte, wenn alle vier Besatzungsmächte ein gemeinsames Interesse darin sahen, hier eine Ordnung zu schaffen. Daß sie dabei nicht willkürlich und nach ihrem Kopf hätten vorgehen können, lag auf der Hand. Denn ein Volk von siebzig Millionen ist doch, auch wenn es waffenlos ist, auch wenn es politisch entmachtet ist, auch wenn es sich in Zustände der Lethargie nach einer politischen und militärischen Katastrophe befindet, kein Faktor, der einfach übergangen werden kann.

Es ist anders gekommen, die Bundesrepublik hat sich zu einem "souveränen Vollstaat" entwickelt, auf der anderen Seite der Demarkationslinie jenseits Elbe und Werra ist ein politisches Gemeinwesen von der dortigen Besatzungsmacht geschaffen worden, das unter Führung von Beauftragten dieser Besatzungsmacht ein Gemeinwesen entwickelt hat, das nach dem Muster sowjetischer Vorstellungen von

dem, was Staat ist, geformt wurde. Beide Teile bekamen immer mehr ein Gepräge, das sie immer tiefer trennte und voneinander schied. Die Frage ist, wie diesem Zustand ein Ende gemacht werden könnte.

In wenigen Tagen beginnt die Gipfelkonferenz. Zwar weigert sich der sowjetische Partner dieser Konferenz, die deutsche Frage zum Gegenstand der Konferenzbesprechungen zu machen. Aber man mag auf die Tagesordnung setzen, was auch immer man will, es gibt keine Möglichkeit, irgendeinen Punkt, der die Teilnehmer an der Gipfelkonferenz politisch interessiert, zu behandeln, wenn man nicht auch gleichzeitig von der deutschen Frage spricht. Denn weder Abrüstung, noch Sicherheit, noch die Berlin-Frage, noch das Problem der Koexistenz können ernsthaft in Angriff genommen werden, wenn dabei die Frage ausgeklammert wird, wie die politische Ordnung im Herzen Europas aussehen soll. Und politische Ordnung im Herzen Europas bedeutet zunächst einmal und vordringlich eine Ordnung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Gebiet, das den Namen "Deutschland" trägt.

Patentrezepte wird auch die Gipfelkonferenz nicht erbringen. Aber es ist zu hoffen, daß die Staatsmänner, die demnächst zusammenkommen, sich ihrer Verantwortung bewußt genug sind, um bei ihren Gesprächen nicht aus dem Auge zu verlieren, daß, was auch immer sie vereinbaren sollten, so vereinbart werden muß, daß es eine vernünftige, freiheitliche, demokratische Ordnung in Deutschland, und zwar im ganzen Deutschland, möglich macht, was zumindest günstige Schritte auf dieses Ziel hin nicht erschwert.

In der Politik geht es um Interessen, aber Interessen lassen sich, wenn man auf eine dauerhafte Festigung ausgeht, nicht wahrnehmen ohne Berücksichtigung der moralischen Faktoren, insbesondere nicht unter Verletzung von Prinzipien, zu denen man sich in seinen Proklamationen und Verfassungen feierlich bekannt hat. Sowohl der Osten wie auch der Westen haben, wo immer sich ein Anlaß bot, feierlich erklärt, daß ihre Politik auf dem Prinzip der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker beruht. Hoffen wir, daß alle Vier in die Reihe dieser Völker auch das deutsche Volk eingeschlossen sehen. Erst wenn man hiernach handelt, wird der zweite Weltkrieg liquidiert sein.

+ + +

Die Sorge um die Wirtschaftseinheit Europas

rd - Es ist fast ein Paradox... Aber nach zehn Jahren Europa-Debatte und allen Bemühungen um wirtschaftliche Vereinigung des sich durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung im Osten bedroht fühlenden europäischen demokratischen Westen, stehen wir in ernster Sorge vor der europäischen Spaltung. Es scheint auch ein Paradox, daß diese wirtschaftliche Integration gerade durch jene Parteien verteidigt wird, die, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, die stärksten Bedenken, sowohl gegen die Montanunion als auch gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die EWG, hatten, die FDP und die SPD. Doch gerade die Spaltung Europas in EWG und EFTA, der daraus drohende Handelskrieg, die Umlenkung der traditionellen Handelsbeziehungen und des Warenaustausches, unterstreicht die damaligen Bedenken der Oppositionsparteien. Die SPD hatte dabei die wirtschaftliche Integration des ganzen Europa gewollt, und dieses Ziel, wie sich nun als richtig herausstellte, durch die vorwiegend politische Konstruktion der EWG "der Sechs" für gefährdet gehalten.

Die lange verschobene Bundestagsdebatte, über die beiden großen Anfragen der SPD und FDP, hatte durch die Pläne der EWG-Kommission, auf Beschleunigung des Gemeinsamen Marktes "der Sechs", besondere Aktualität erhalten. Die Debatte hat zwar die Standpunkte geklärt, doch noch keine Aussichten auf Verständigung und auf Lösung eröffnet. Die Bundesregierung stimmt zwar nur bedingt und mit dem Wunsch auf zeitliche Verzögerung den Beschleunigungsplänen der EWG zu, doch nur zwei ihrer Bedingungen haben ein gewisses Gewicht:

- a) Beschleunigung erst nach Verhandlungen zwischen EWG und EFTA auf Ministerebene - und nicht vor dem 1. Januar 1960, und
- b) Senkung auch des Außenzolltarifs - neben der Senkung der Binnenzölle innerhalb des Gemeinsamen Marktes - um gleichfalls 20 Prozent.

Diese zweite Bedingung wird durchzusetzen sein, zumal sie auch die EWG-Kommission bereits als Kompromiß vorschlägt. Dadurch könnte Zeit zu weiteren Verhandlungen zwischen EWG und EFTA gewonnen werden. Die erste Bedingung jedoch mangelt es dem notwendigen Gewichtes. Was dann,

wenn auch diese Verhandlungen scheitern? Diese Bedingung hätte der Ergänzung bedurft: Kein weiterer Schritt zum Gemeinsamen Markt der EWG, ehe es nicht zu einer Verständigung mit der EFTA kommt.

Der Bundestag hat bekanntlich schon einmal solch harte Bedingung gestellt, nämlich, Gemeinsamer Markt nur dann, wenn zugleich die Freihandelszone - für die heute in der EFTA vereinten europäischen Länder - errichtet wird. Diese Bedingung wurde trotz Zusage der Bundesregierung nicht erfüllt. Die CDU ließ auch durch ihren Sprecher wiederum verkünden, die politische Bindung in der EWG - und gerade sie ist das Hemmnis für den Beitritt der EFTA-Länder - habe Vorrang vor der wirtschaftlichen Integration.

Dieser Standpunkt ist nicht nur gefährlich, weil er den gemeinsamen Beitritt der EFTA-Länder, also multilaterale Verträge, unmöglich macht und auch den Beitritt einzelner Länder zur EWG, bilaterale Verträge, ausschließt, da diese Länder nicht bereit sind, ihre Zuständigkeit in der Handelspolitik voll an die EWG-Kommission abzutreten. Verhärtet sich dieser politische Standpunkt oder wird er aufrecht erhalten, so sind auch die ausbedungenen Verhandlungen zwischen EWG und EFTA auf Ministerebene schon vor ihrem Beginn zum Scheitern verurteilt. Dann muß Europa in zwei Blöcke zerfallen.

Die Küstenländer in der Bundesrepublik und die westdeutsche Industrie haben zusammen mit den Parteien der Opposition ihre Bedenken gegen diese Entwicklung vorgetragen. Ihre Sorgen sind der Export, der zu etwa einem Drittel, und die Einführen, die zu etwa einem Viertel durch diese Spaltung gefährdet würden. Es sind somit Sorgen um die Beschäftigung und schließlich um den Lebensstandard, die Sorgen um die Verärgerung unserer Partner und damit um die Isolierung unseres Handels. Die politische Zwecksetzung der EWG: Die Stärkung des Westens, würde sich in ihr Gegenteil verkehren, wenn die versprochene Verständigung nicht endlich gelingt. Aber man muß sie nun endlich mit Taten anstreben, denn der unverbindlichen Erklärungen sind genügend abgegeben.

Religion und Politik in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franke

Der überwiegende Teil der österreichischen Bevölkerung ist katholisch. Die konservative Österreichische Volkspartei, ÖVP, hat sich von Anfang an bemüht, bei katholischen Wählern eine Monopolstellung zu erlangen. Die Sozialistische Partei Österreichs lehnt die Vermischung von Politik und Religion ab und sucht ein gutes Verhältnis zur katholischen Kirche.

Die obersten Kirchenbehörden haben sich auch tatsächlich seit 1945 aus der Tagespolitik ferngehalten, der höchste katholische Würdenträger, Kardinal-Erzbischof Dr. Franz König, steht der organisierten Arbeiterbewegung sehr aufgeschlossen und positiv gegenüber und hat sogar als Ehrengast an der Eröffnung des letzten Gewerkschaftsbundkongresses teilgenommen. Die gut redigierte katholische Wochenzeitung "Die Fackel" übt nicht nur an der SPÖ Kritik, sondern nicht minder scharf an der ÖVP.

Auf sozialistischer Seite gibt es eine "Arbeitsgemeinschaft katholischer Sozialisten", die zahlenmäßig nicht sehr groß ist, deren Aktivität aber einen Debattenredner auf dem letzten SPÖ-Parteitag zu dem bitteren Ausruf veranlaßte, man müßte nun bald auch eine "Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Sozialisten" gründen.

Zwei namhafte sozialistische Politiker haben kürzlich dem Papst in Rom einen Besuch abgestattet, ein sozialistisches Regierungsmitglied ist ausübender und päpstlich dekoriertes Katholik, nämlich Justizminister Dr. Otto Eschadek. Dagegen hat die katholische ÖVP in der Person des Staatssekretärs Dr. Franz Gschnitzer aus dem "heiligen Land Tirol" ein konfessionsloses Regierungsmitglied. Der neue Präsident des Wiener Stadtschulrates, der sozialistische Abgeordnete Dr. Max Neugebauer, ist gläubiger Katholik.

Alles in allem sieht es so aus, als kämen die Sozialisten mit der katholischen Kirche in Österreich gut aus. Die "Koexistenz" scheint hier einigermaßen gesichert. Läßt man sich jedoch von der

Harmonie auf Bundesebene nicht täuschen, sondern sieht man sich diese Dinge etwas näher an, dann ist dies Bild schon etwas anders. Es gibt in Österreich viele ländliche Gemeinden, in denen vom Pfarrhof, Kloster oder Stift unverblümt ein Druck zugunsten der ÖVP ausgeübt wird.

Als Beispiel mag die mitten in der herrlichen Gebirgswelt gelegene steirische Gemeinde Admont dienen. Alle Ländereien und Waldungen ringsum gehören einem berühmten Benediktinerstift. Der verhältnismäßig junge Abt des Stiftes, Koloman Holzinger, fördert die ÖVP und versucht, die SPÖ zu unterdrücken, obwohl die Kirche ja für alle da sein soll. Als kürzlich Gemeinderatswahlen abgehalten wurden, stellte er der ÖVP ein dem Stift gehörendes Lokal als Agitationslokal zu Verfügung, ebenso alle Kraftfahrzeuge des Stiftes zum "Schleppen" säumiger Wähler, ja die eifrigeren Benediktinermönche selbst machten sich auf die Beine, um für die ÖVP Stimmen einzuheimen. Zu allen ÖVP-Wählerversammlungen erschien der Abt persönlich, um seine Sympathie zu bekunden. Dennoch endeten die Wahlen mit einem Sieg der Sozialisten: nur ein einziges Mandat fehlte ihnen zur absoluten Mehrheit im Gemeinderat!

Die Mehrzahl der Bevölkerung ist vom Stift abhängig, nicht nur die landwirtschaftlichen Arbeiter, die direkt dem Stift unterstehen. Das Stift übt auf das gesamte öffentliche Leben einen starken Einfluss aus. Wer eine Stellung, eine Wohnung, eine Pacht oder Ähnliches haben möchte, der muß sich mit dem Stift gut stellen, wer zu den "Sozis" geht, ist unten durch. Die sozialistische Lokalorganisation wird daher von jenen Leuten geführt, die in ihrer Existenz vom Stift nicht abhängen, das sind in erster Linie die Lehrer.

Trotzdem gab es in Admont zum 1. Mai eine machtvolle Kundgebung. Am Vorabend zogen viele hunderte Einwohner dieser schönen Gemeinde in einem Fackelzug durch die Straßen. Am 1. Mai selbst gab es ein großes Volksfest der Sozialisten.

Das Stift hatte allerdings eine andere Vorstellung vom Weltfeiertag der Arbeit: Es ließ für den 1. Mai in Admont eine Autoweihe ankündigen und durchführen. Was heißt schon 70 Jahre 1. Mai und internationale Arbeitersolidarität, das Auto ist doch heute wichtiger! Wenn das nicht hilft, die Leute vom 1. Mai im wahrsten Sinne des Wortes abzulenken, dann muss man sich halt etwas anderes einfallen lassen.

Es gibt keinen "Kleinen Kulturkampf" in Hamburg

sp - Ein unter dem Titel "Kleiner Kulturkampf in Hamburg" veröffentlichter Bericht in der Süddeutschen Zeitung vom 30. April ließ den Eindruck entstehen, als sei zwischen dem Hamburger Senat und den Synodalen der Hamburgischen evangelischen Landeskirche ein heftiger Streit über den Religionsunterricht für 14- und 15jährige Schüler in den Gymnasien und Mittelschulen und für die 8. Klasse der Volksschulen entstanden. Die in Hamburg erscheinenden Zeitungen verschiedenster Richtungen haben von diesem "Kleinen Kulturkampf" nichts bemerkt, sonst hätten sie darüber berichten müssen. Auch gibt es keinen einzigen protestierenden Leserbrief gegen eine von der Schulbehörde gemeinsam mit dem Landesbischof D. Witte vereinbarte Neuordnung des Religionsunterrichtes. Der Hamburger Berichterstatter der "Süddeutschen Zeitung" ließ sich entweder falsch berichten oder er sah Dinge, die es nicht gibt. Von einem "Kleinen Kulturkampf" kann überhaupt nicht die Rede sein.

Was ist geschehen? Anlaß zur Neuordnung des Religionsunterrichtes an den oben erwähnten Klassen war die Forderung der Eltern- und der Lehrerkammer, die wöchentliche Stundenzahl der Schüler herabzusetzen, um die von Pädagogen und Ärzten immer wieder festgestellte Überlastung der Schüler zu mindern. Eine Kürzung der Unterrichtszeit mußte anteilig alle Unterrichtsgebiete betreffen. Es tauchte die Frage auf, wie würde sich das auf den Religionsunterricht auswirken? Dafür erbat die Schulbehörde den Rat der Leitung der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Hamburg. Die Gespräche zwischen Landesbischof D. Witte und Senator Landahl führten in einer von gegenseitigem Vertrauen getragenen Atmosphäre zu einer vollen Übereinstimmung. Bei den Gymnasien und Mittelschulen soll für die Klassen, deren Schüler zum größten Teil am Konfirmandenunterricht teilnehmen, der Religionsunterricht ausfallen. In den Volksschulen fällt dementsprechend der Religionsunterricht in der 8. Klasse aus, wird aber in der 9. Klasse, da es sich um eine Abschlußklasse handelt, in einem konzentrierten Epochenunterricht erteilt. Auf Wunsch der Kirche, die in steigendem Maße die Konfirmanden zu Rüstzeiten in jugendgemäßer Form außerhalb Hamburgs unterweisen, werden die Schüler vom Schulbesuch beurlaubt.

Diese Übereinkunft knüpft an eine alte Hamburger Tradition an. In früheren Jahren hat der Religionsunterricht zur Zeit des Konfirmandenunterrichtes geruht, weil man erkannt hatte, daß das Nebeneinander von Konfirmandenunterricht in der Kirche und Religionsunterricht in der

Schule zu leicht zu einem Gegeneinander führt.

Die Tatsache, daß sich zwischen Staat und Kirche in Hamburg freundschaftliche Verhandlungen ergeben haben, wird in dem Artikel unterschlagen, wie auch die Tatsache, daß auch die kirchlichen Stellen von der Notwendigkeit überzeugt waren, die Zahl der Religionsstunden herabzusetzen. Das alles wird in dem Bericht nicht erwähnt, wohl aber in der Unterüberschrift irreführend behauptet: "Der Senat möchte den Religionsunterricht für die oberen Schulen streichen".

Die evangelisch-lutherische Landeskirche in Hamburg hat es übernommen, auch die niedersächsische und die schleswig-holsteinische Landeskirche, die für einen Teil Hamburgs zuständig sind, für diese Übereinkunft zu gewinnen. Beide Landeskirchen haben zugestimmt, da für sie die Sicherung der Qualität des Religionsunterrichtes wichtiger ist als eine fragwürdige Kontinuität.

Man sieht: Für die in dem Artikel erwähnte Besorgnis der Eltern Hamburger Schulkinder besteht kein Anlaß, es wurde eine Regelung getroffen, in der mit Recht die Rechte der Kirche respektiert werden. Der "Kleine Kulturkampf" findet also nur in der lebhaften Phantasie des Hamburger Korrespondenten der "Süddeutschen Zeitung" statt.

+ + +

Im Gedenken an Professor Iwand

Von Dr. Dr. Gustav Heinemann, MdB

Durch den Tod des Theologie-Professors D. Hans-Joachim Iwand haben die Evangelische Kirche und das deutsche Volk einen Mann verloren, der seit vielen Jahren ein Teil ihres Gewissens war. Religiöse und sittliche Verpflichtung als Beitrag zur Formung der öffentlichen Meinung auch in den Fragen des irdischen Schicksals der Menschheit - das waren die Grundlagen, von den ausgehend Prof. Iwand lehrte und predigte. Als bekennender Christ stand er gegen Hitler, und als bekennender Christ reichte er sich ein in die Gemeinschaft jener, die im Wettrüsten, insbesondere im atomaren Wettrüsten gottesloses Handeln und eine Geißel der Menschheit erblicken. Es beunruhigte ihn zutiefst, daß die guten Ansätze einer Besinnung der ersten Nachkriegsjahre in Kirche und Volk nicht durchgehalten wurden. Beklemmend legte es sich auf sein leidenschaftliches Herz, daß erschreckend Vieles wieder so wurde, wie es war. Kompromißlos wie wenige stand Iwand zu seinem Wort und wurde nie müde, die schwachen Fäden der noch bestehenden Verbindung zwischen den beiden Teilen unseres Vaterlandes und Europas weiterzuknüpfen. Angefeindet von Verständnislosen, aber geehrt und geliebt von seinen Freunden, ist Professor Iwand von uns gegangen. Sein Wirken war und bleibt eine Ehre für uns alle.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel